

Köppl-Turyna, Monika; Graf, Nikolaus

Research Report

Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Anforderungen einer Industriestrategie

Policy Note, No. 62

Provided in Cooperation with:

EcoAustria – Institute for Economic Research, Vienna (Austria)

Suggested Citation: Köppl-Turyna, Monika; Graf, Nikolaus (2025) : Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Anforderungen einer Industriestrategie, Policy Note, No. 62, EcoAustria - Institute for Economic Research, Vienna

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/331860>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



AUSTRIA
INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Wien, im Oktober 2025

POLICY NOTE 62

Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Anforderungen
einer Industriestrategie

POLICY NOTE

Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Anforderungen einer Industriestrategie

Oktober 2025

Monika Köppl-Turyna, Nikolaus Graf

1.	HINTERGRUND UND MOTIVATION.....	1
2.	WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ÖSTERREICHS IM ERSTEN HALBJAHR 2025 AUF BASIS DES ECI 2	
3.	ANFORDERUNGEN EINER INDUSTRIESTRATEGIE UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	8
3.1	FAKTOREN DER PREISLICHEN WETTBEWERBSFÄHIGKEIT	9
3.2	INNOVATIONS- UND UNTERNEHMENS DYNAMIK	10
3.3	VERWALTUNG, REGULIERUNG & BÜROKRATIE.....	14
3.4	ARBEITSMARKT & BESCHÄFTIGUNG	16

1. HINTERGRUND UND MOTIVATION

Der österreichische Wirtschaftsstandort steht derzeit vor vielfältigen und weitreichenden kurz- und mittelfristigen Herausforderungen. Die makroökonomischen Kennzahlen und Prognosen zeigen sowohl gegenwärtig als auch kurz- und mittelfristig ein schwieriges Umfeld. Um über die mittlere Frist den Wohlstand zu halten und wirtschaftliche sowie soziale Perspektiven sicherzustellen, braucht es eine wettbewerbsfähige Ökonomie. Steigende Produktions- und Lohnstückkosten, hohe Abgabenbelastung, Rohstoff- und Energieabhängigkeit, ausbleibendes Produktivitätswachstum, demografische Alterung, veränderte Arbeitszeitpräferenzen, der Aufbau internationaler Handelsbarrieren, geopolitische Krisen, Bürokratielasten und verhindernde Regulatorik, stockende Investitionsdynamik, Hemmnisse der Überführung von Innovationen in marktfähige Geschäftsmodelle u.v.m. belasten die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Entwicklung von dauerhaft tragfähigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Perspektiven. Das aktuelle Regierungsprogramm 2025 bis 2029 spricht Herausforderungen für den Industrie- und Wirtschaftsstandort an. Bis Ende 2025 soll eine Industriestrategie entwickelt werden, die einen strategischen Rahmen für die Wirtschafts- und Standortpolitik bildet.

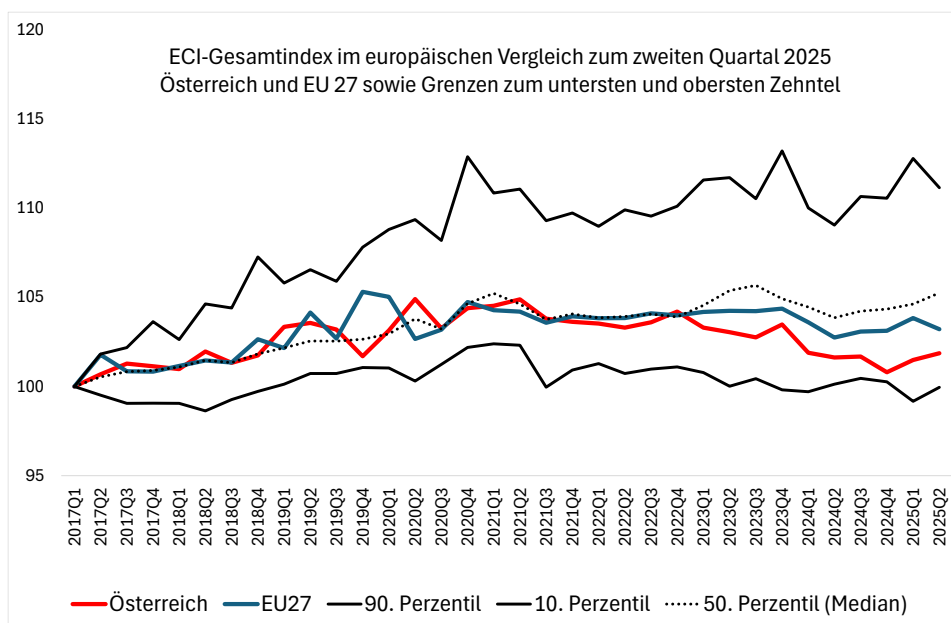
Ziel der vorliegenden Policy Note ist es, einen praxistauglichen, evidenzbasierten und effektiven Beitrag zur Industriestrategie zu leisten. Die Grundlage dafür bietet der EcoAustria Competitiveness Index (ECI) für die erste Jahreshälfte 2025.

In Kapitel 2 werden die Detailergebnisse der Auswertung der Wettbewerbsfähigkeit Österreich im ersten Halbjahr 2025 dargestellt. Auf Basis der (Sub-)indikatoren erfolgt in Kapitel 0 eine Ableitung und Identifikation von Maßnahmen, die aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht und aus der Praxis Elemente und Optionen einer Strategie bilden können, um die Potenziale des Standorts zu steigern und Schwächen des Standorts zu beseitigen. Dabei werden grundlegende Handlungsempfehlungen abgegeben, die in weiterer Folge in konkrete Maßnahmen und Gesetzänderungen gegossen werden müssen. Es ergeben sich für die Ausgestaltung von Rahmenbedingungen Möglichkeiten und Erfordernisse, die Wettbewerbsfähigkeit als Grundlage für Wohlstand und Perspektive einer Gesellschaft und Volkswirtschaft zu stärken.

2. WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ÖSTERREICHS IM ERSTEN HALBJAHR 2025 AUF BASIS DES ECI

Als international verflochtene Volkswirtschaft ist für Österreich die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit maßgeblich. EcoAustria betrachtet mit dem ECI die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich. In der letzten Kurzanalyse 27 zum vierten Quartal 2024 (Q4 2024) zeigte EcoAustria anhand des ECI eine fast durchgängig negative Entwicklung seit Ende 2022 auf. In der nun vorliegenden Policy Note bildet der ECI nun kurzfristig eine moderate Verbesserung ab. Eine anhaltende negative Entwicklung konnte zwischenzeitlich gestoppt werden. Ob sich eine Trendwende abzeichnet, oder ob es sich um eine Momentaufnahme handelt, wird der weitere Verlauf für 2025 zeigen. Der Ausblick ist zum Teil skeptisch.

Abbildung 1: ECI im zweiten Quartal 2025



Aktuell gilt weiterhin, dass sich Österreich schlechter als der gesamteuropäische Vergleichsraum entwickelt. Schon dieser Vergleichsraum weist einen bestenfalls stagnierenden Verlauf auf. Der Index verläuft für Österreich jedoch noch unterhalb der EU27 bzw. des Medians der Vergleichsländer. Zu den Grenzwerten für das unterste Zehntel ist nicht mehr viel Spielraum. Zum Q4 2024 wäre diese Negativgrenze fast schon erreicht worden (Abbildung 1).

Der Großteil der Vergleichsländer weist eine deutlich bessere Entwicklung als Österreich auf. Wie sehr Wertschöpfungs- und Marktpotenziale realiter betroffen sind, hängt von der wettbewerblichen Situation und von Marktgegebenheiten der Unternehmen ab. Der Tendenz nach verliert Österreich aber jedenfalls

an Durchsetzungsfähigkeit. Ein häufig niedrigeres Entwicklungs- und Wohlstandsniveau von Vergleichsländern ist hierfür nicht maßgeblich.

Der Befund lautet weiterhin: Die Phase der rückläufigen Wettbewerbsfähigkeit hat sich verfestigt. Zuletzt konnte aber eine weitere Negativentwicklung, zumindest vorerst, gestoppt werden.

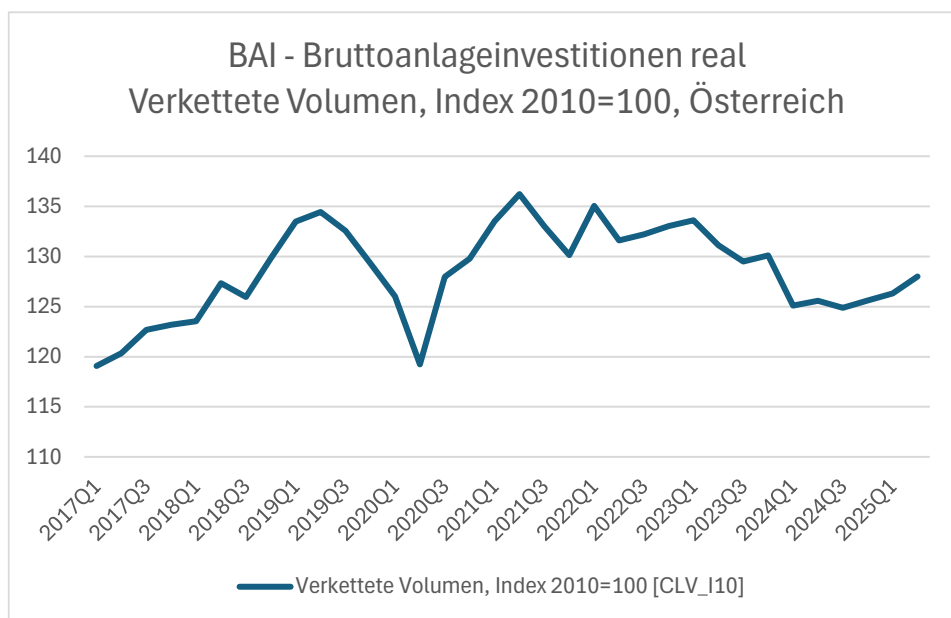
Konzeptionelles Merkmal des ECI ist die dynamische Referenzialität: Der Index betrachtet Entwicklungen der Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich der Wirtschaftsräume und Länder der EU-27 plus Norwegen. Entwicklungsniveaus werden, wie angedeutet, ausgeklammert. Der ECI setzt sich aus dem Verlauf von drei Teilindikatoren zusammen: Bruttoanlageinvestitionen (BAI), Nettoexporte (NEX), reale Arbeitsproduktivität (LPROD). Datengrundlage ist die vierteljährliche VGR von Eurostat, zuletzt für das Q2 2025.

Konzeptionell wird Wettbewerbsfähigkeit im ECI als unabhängige Variable betrachtet. BAI, NEX und LPROD liefern die Fakten, anhand derer Wettbewerbsfähigkeit „rückwirkend“ beobachtet wird. Sie liefern dabei als Folgen veränderter Wettbewerbsfähigkeit die Indikation zur Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit. Dabei bestehen Wechselwirkungen und Interaktionen, Feed-backs und Feed-forwards. Diese sind für die Konzeption des ECI jedoch nicht maßgeblich.

BAI – Bruttoanlageinvestitionen

Investitionen können zunächst eine vorlaufende Determinante für Wettbewerbsfähigkeit sein. Sie bestimmen die Produktionskapazität einer Ökonomie. Sie können aber auch eine nachlaufende Folge sein, etwa wenn Investoren und Unternehmen bei verbesserter Wettbewerbsfähigkeit Investitionen ausweiten. Letzteres ist für die Konzeption des ECI relevant.

Abbildung 2: Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen



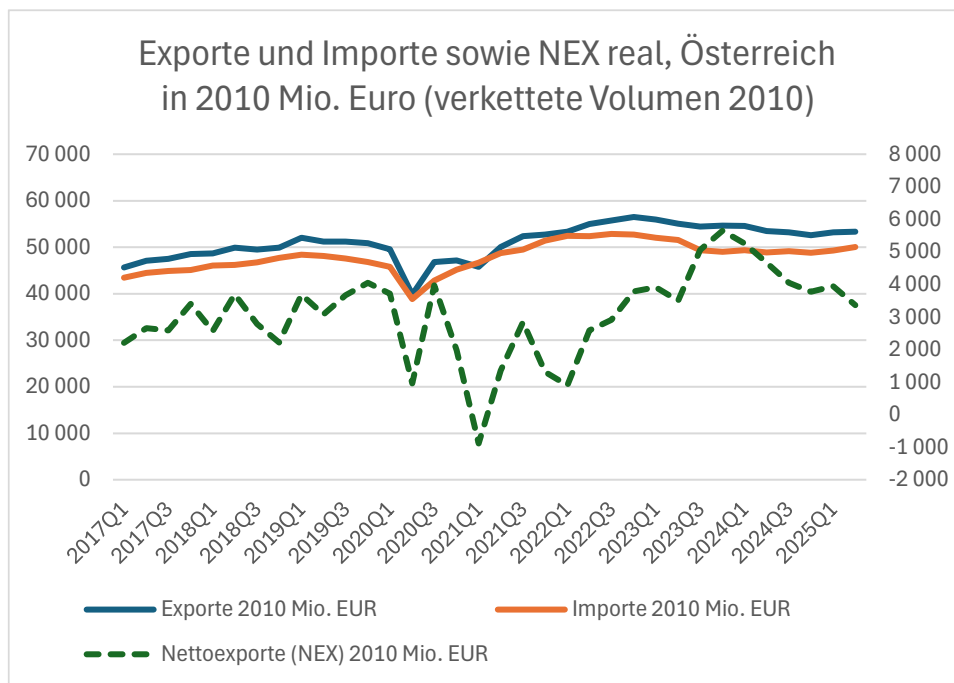
BAI werden im ECI in Prozent des BIP berücksichtigt. Für die Teilanalyse hier werden reale Volumen betrachtet (Abbildung 1). Langfristig stagnieren BAI. Im Zeitverlauf sind vier Phasen erkennbar. In der ersten Phase bis etwa Q2 2019 entwickelten sich BAI noch positiv. Danach sinkt das Niveau ab. Ab dem Q2 2020 steigen BAI in einer dritten Phase bis zum Q2 2021 an. Seither weisen BAI eine stagnierende, teils negative Entwicklung auf. Zuletzt ist eine schwache Erholung erkennbar. Der Peak der Jahre 2021 und 2022 wird deutlich unterschritten.

In einer schwachen Entwicklung spiegeln BAI die zögernde Haltung und Rentabilitätserwartung von Unternehmen und Investoren wider.

Nettoexporte

Veränderungen der Nettoexporte werden als Folge von Wettbewerbsfähigkeit betrachtet. Steigt Wettbewerbsfähigkeit so steigt auch die Aussicht, sich mit Waren und Dienstleistungen sowie mit damit verbundener Wertschöpfung international durchzusetzen. Im ECI werden NEX in Prozent des BIP berücksichtigt. Für die Teilanalyse hier werden NEX wieder in realen Volumen betrachtet (Abbildung 3).

Abbildung 3: Entwicklung der Nettoexporte



Die Teilindikation zu NEX ist negativ: Im längeren Verlauf hatten NEX erst spät, nämlich im Verlauf 2023 bzw. zum Jahreswechsel 2024, das Niveau von 2019 erreicht. Danach folgt eine positive Entwicklung bis etwa Ende 2023. Der Einbruch in den Jahren 2020 und 2021 ist kompensiert worden. Die Entwicklung danach ist für eine verflochtene und exportorientierte Ökonomie auffallend: Seit Anfang 2024 entwickeln sich NEX anhaltend negativ. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist auch der Ausblick auf den weiteren Verlauf im Jahr 2025 kritisch.

Rückläufige Außenhandelsvolumina können Folge globaler Entwicklungen sein.
Die anhaltend negative Entwicklung der NEX signalisiert jedoch Schwächen der heimischen Wettbewerbsfähigkeit.

Reale Arbeitsproduktivität

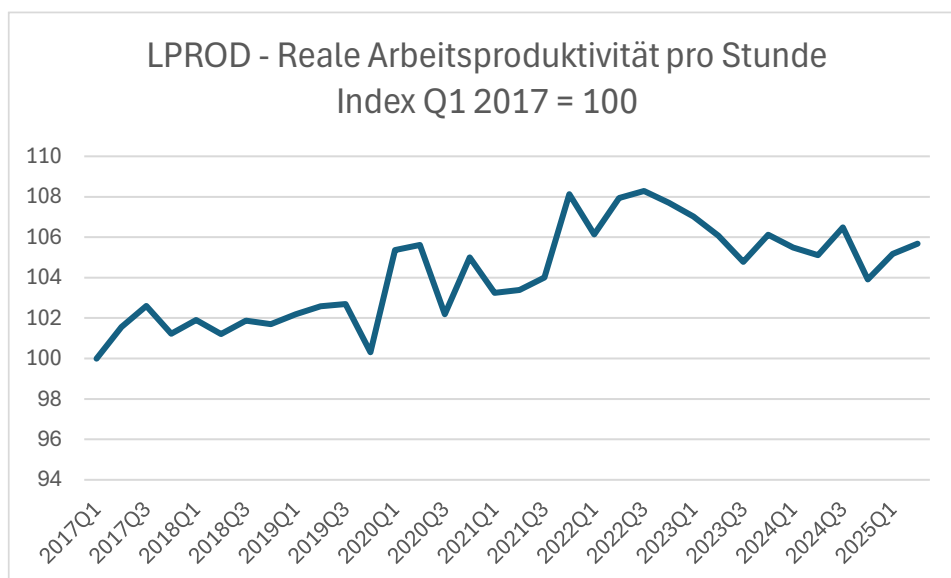
Arbeitsproduktivität entspricht dem Arbeitseinsatz zur Produktion von Output. Im ECI wird LPROD als reale Arbeitsproduktivität je Stunde betrachtet. LPROD kann beides, nämlich vorlaufend Determinante und nachlaufend Folge von Wettbewerbsfähigkeit sein. Im ECI ist Letzteres relevant: Als Folge höherer Wettbewerbsfähigkeit steigt Produktivität über das Output, also über den Zähler der Produktivitätsgleichung. Ein wettbewerbsfähiger Standort ist zudem attraktiv für Investitionen und für

produktive Arbeitskräfte. Dies kann die Gesamtfaktor-Produktivität heben und so auf die Arbeitsproduktivität zurückwirken. Für Österreich ist über Jahrzehnte eine stabile positive Entwicklung zu registrieren. Die historische Entwicklung von LPROD stellt eine der Stärken und Grundlagen für Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand dar.

In der zuletzt negativen Entwicklung der LPROD spiegelt sich die Output-Schwäche der Volkswirtschaft wider.

Abweichend vom historischen Muster verläuft die Entwicklung zuletzt negativ. Dabei wirkt LPROD auch im ECI für Österreich ursprünglich stabilisierend. Umso bemerkenswerter ist die Entwicklung seit Ende 2022: Zwar konnte ein stärkerer Einbruch im Q4 2024 wieder überwunden werden, jedoch liegt der aktuelle Indexwert deutlich unter Referenzwerten von 2022 (Abbildung 4). Österreich hat in Bezug auf LPROD seine vorteilhafte Position, die man nach der COVID Pandemie eingenommen hatte, eingebüßt.

Abbildung 4: Entwicklung der Arbeitsproduktivität



Resümee

Die Ergebnisse des ECI für die erste Hälfte 2025 spiegeln die langfristige Entwicklung wider. Der Einbruch von Ende 2024 konnte in den ersten beiden Quartalen 2025 teilweise kompensiert werden. Ursächlich sind Bruttoanlageinvestitionen (BAI) und reale Arbeitsproduktivität (LPROD). Beide Faktoren entwickelten sich zuletzt positiv, ohne jedoch die zuvor bestehende negative Entwicklung auszugleichen.

Nettoexporte (NEX) hingegen entwickeln sich auch aktuell weiter negativ.

Der Befund aus Kurzanalyse 27 zum Q4 2024 gilt weiterhin: Es hat sich eine anhaltende Phase rückläufiger Wettbewerbsfähigkeit verfestigt. In der längeren Betrachtung entwickelt sich Österreich dabei schwächer als der ohnehin wenig dynamische europäische Vergleichsraum und der Großteil der Vergleichsländer. Ob kurzfristig positive Entwicklungen im ersten Halbjahr 2025 eine nachhaltige Trendwende einläuten, oder ob es sich um eine Momentaufnahme handelt, muss der weitere Jahresverlauf zeigen. Der Ausblick ist dabei eher kritisch. Insbesondere ist für die zweite Jahreshälfte eine Verschlechterung der NEX zu erwarten.

3. ANFORDERUNGEN EINER INDUSTRIESTRATEGIE UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die Handlungsempfehlungen und Policy-Optionen zielen auf die Behebung der Schwächen und die Stärkung von Potenzialen ab, die sich in der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit widerspiegeln. Eine **Industriestrategie** muss **gleichzeitig und kohärent** in allen relevanten Politikfeldern greifen – von Steuern und Abgaben, Arbeitsmarkt und Qualifizierung, Innovation und Digitalisierung über Regulierung und Kapitalmarkt bis zu Energie, Netzen, Rohstoffen, Kreislaufwirtschaft, Außenhandel und Infrastruktur. Notwendig ist ein **Whole-of-Government-Ansatz**: klare Zuständigkeiten, ein gemeinsamer Fahrplan mit verbindlichen Meilensteinen, abgestimmte Rechtsakte und Budgets sowie ein zentrales Monitoring mit regelmäßigen Wirkungsechecks und Nachsteuerung. Ressortübergreifende Zusammenarbeit (Bund, Länder, Gemeinden) und die Einbindung von Sozialpartnern, Wissenschaft und Unternehmen sichern Umsetzbarkeit und Geschwindigkeit. Doppelstrukturen und Zielkonflikte müssen aktiv bereinigt werden – durch Standardisierung, One-Stop-Prozesse und vereinfachte Genehmigungen. Finanzierung und Förderinstrumente müssen aufeinander abgestimmt, planbar und skalierbar sein. Nur wenn diese **Verzahnung über alle Bereiche** gelingt, entsteht die notwendige Kraft, Standortkosten zu senken, Innovation zu skalieren und Produktion zu halten bzw. auszubauen. Die Handlungsempfehlungen wirken über direkt oder indirekt auf alle drei Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit.

3.1 Faktoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit

Die **preisliche Wettbewerbsfähigkeit** beeinflusst die Entwicklung der **Nettoexporte** vor allem über Kostenfaktoren wie Löhne, Abgaben und Energiepreise. Eine Senkung dieser Kosten stärkt unmittelbar die internationale Preisposition heimischer Unternehmen und verbessert ihre Exportchancen. Zugleich entfalten viele der unter diesem Abschnitt angeführten Maßnahmen – etwa eine effizientere öffentliche Verwaltung oder eine stabile energiepolitische Rahmenordnung – auch mittel- bis langfristige Wirkungen auf die Standortqualität. Dadurch können sie zusätzlich das Vertrauen von Investoren erhöhen und positive Impulse für **Bruttoanlageinvestitionen** setzen.

3.1.1 Abgaben & Fiskalrahmen

- **Senkung von Steuern und Abgaben auf Arbeit und Beschäftigung:** Absenkung der Abgabenquote (43,5 Prozent) etwa auf den Durchschnitt der Eurozone (40,6 Prozent)
- **Wirkungs- und Effizienzorientierung der öffentlichen Leistungsbereitstellung:** Öffentliche Mittel stärker nach messbaren Ergebnissen und Effizienz einsetzen, insbesondere in Verwaltung, Bildung und Gesundheit
- **Kostenmoderation bei Gebühren und Ausgaben im öffentlichen Dienst:** Gebührensteigerungen dämpfen und Personalausgaben kontrollieren, um die Budgetstabilität langfristig zu sichern
- **Konsolidierung von Förderungen und des Förderwesens:** Förderprogramme bündeln, Überschneidungen abbauen und zielgerichteter gestalten.
- **Konsolidierung und Effizienz innerstaatlicher Verteilung von Aufgaben und Finanzierung:** Zuständigkeiten klarer regeln, Doppelstrukturen vermeiden und die Finanzierung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden effizienter verteilen, klare und transparente, distinkte Zuordnung von Aufgaben und Finanzierung
- **Einrichtung einer Ausgabenbremse und eines Konsolidierungspfads:** Institutionelle Regeln einführen, die das Wachstum öffentlicher Ausgaben begrenzen und eine nachhaltige Budgetpolitik sicherstellen

3.1.2 Löhne, Inflation & preisliche Wettbewerbsfähigkeit

- **Moderation bei öffentlichen Löhnen:** moderate Abschlüsse im öffentlichen Dienst, um gesamtwirtschaftliche Signalwirkungen zu dämpfen und den Anstieg öffentlicher Ausgaben zu bremsen
- **Entschärfung von Kostenkomponenten:** Verringerung von Lohnnebenkosten, Entlastung bei Gebühren, Bürokratiekosten und administrierten Preisen
- **Wirkungsorientierte Inflationsbekämpfung:** strukturelle Preistreiber, etwa Energie- und Rohstoffabhängigkeiten adressieren, Regulierung auf Notwendigkeit und wirtschaftliche Tragfähigkeit überprüfen
- **Justierung der öffentlichen Nachfrage:** expansiv wirkende Programme effizienter, zielorientierter und wachstumsverträglicher gestalten, gleichzeitig soziale Systeme treffsicher ausrichten
- **Stärkung der Unternehmens- und Wettbewerbsdynamik:** durch Förderung von Gründungen, Marktzugang und Wettbewerbspolitik ein institutionelles Umfeld schaffen, das

Kosten- und Innovationsdruck produktiv in höhere Wettbewerbsfähigkeit übersetzt

- **Stärkung von Marktmechanismen:** Überprüfung der Wettbewerbspolitik und Wettbewerbsregulierung, Stärkung von Anreizmechanismen

3.1.3 Energiekosten

- **Netzkosten dämpfen:** 2025 stiegen Netzentgelte um ca. 20 Prozent; Anstieg via netzdienliche Nutzung bremsen (Speicher, Hybridparks, Einspeise-Anreize), Regulierungsvergütung prüfen (längere Abschreibungen, EK-Regeln) und ÖNIP laufend aktualisieren
- **Energieabgaben senken (bei Budgetspielraum):** Elektrizitätsabgabe reduzieren und Elektrifizierung anreizen; Anreizwirkungen prüfen, etwa ist die Entlastung für energieintensive Betriebe geringer wegen bestehender Vergütung
- **Erneuerbaren-Förderkosten dämpfen:** Fördereffizienz erhöhen (z.B. „erzwungener Wettbewerb“, Regeln bei negativen Preisen, Speicher stärken) und zwischen Bestands- und Neuanlagen differenzieren
- **Strompreiskompensation fortführen:** indirekte CO₂-Kosten gezielt rückerstatten; bei verfügbarem Budget bis 2030 nach EU-Praxis fortsetzen
- **Netzinfrastruktur beschleunigen:** bedarfsgerechten Ausbau, Planungs- sowie Genehmigungsbeschleunigung und bessere Koordination (ÖNIP) sicherstellen
- **Investitionsumfeld stärken:** Rechts- und Planungssicherheit erhöhen, Verfahren straffen, Gold-Plating vermeiden
- **Wettbewerb & Marktdesign verbessern:** laut BWB/E-Control begrenzter Versorgerwettbewerb; Verträge transparenter/vergleichbarer machen, Durchsetzung schärfen, Kreuzbeteiligungen begrenzen und Instrumente wie PPAs, CfDs, Flex-/Peak-Shaving prüfen

3.2 Innovations- und Unternehmensdynamik

Die unter diesem Abschnitt zusammengefassten Maßnahmen wirken in erster Linie auf die **Arbeitsproduktivität** und die **Bruttoanlageinvestitionen**, teilweise auch auf die **Nettoexporte**. Sie fördern **die technologische Leistungsfähigkeit, den Strukturwandel und die Innovationskraft der Wirtschaft**. Einige Maßnahmen – etwa jene im Bereich des Humankapitals – greifen direkt in die Produktionsprozesse und die Qualifikation der Arbeitskräfte ein und erhöhen somit unmittelbar die Produktivität. Andere – insbesondere die Stärkung von Innovationsökosystemen, Kapitalmärkten oder unternehmerischer Dynamik – wirken indirekt über verbesserte Finanzierungsbedingungen, effizientere Ressourcennutzung und verbesserte Marktdynamik. Über diese Kanäle entstehen sowohl produktivitäts- als auch investitionssteigernde Effekte. Maßnahmen zur Exportförderung erhöhen zusätzlich die internationale Wettbewerbsfähigkeit und stärken die Nettoexporte. Stärkung von Forschung, Clustern und Schlüsseltechnologien verbessert die Innovationsfähigkeit und erhöht die Kapitalrenditen. Damit werden sowohl Produktivität als auch Investitionsanreize gesteigert. Ein vertiefter und effizienter Kapitalmarkt erleichtert den Zugang zu Risikokapital und Finanzierung für innovative Projekte, was Investitionen anregt und technologische Diffusion und somit die Arbeitsproduktivität unterstützt.

Digitale Infrastruktur, Fachkompetenzen und Technologieadoption erhöhen direkt die Arbeitsproduktivität. Der Ausbau grüner Infrastrukturen, neuer Energietechnologien und industrieller Flexibilitäten schafft langfristige Investitionschancen und eröffnet neue Exportmärkte in nachhaltigen Sektoren. Bildungs- und Qualifikationsreformen erhöhen unmittelbar die Arbeitsproduktivität. Diversifizierung, Exportförderung und Abbau von Markteintrittsbarrieren stärken die außenwirtschaftliche Position direkt, erhöhen aber auch den Output und fördern Skaleneffekte, die wiederum produktivitätssteigernd wirken. Schließlich fördern eine stärkere Gründerkultur und höhere Risikobereitschaft die Marktdynamik und Innovation. Neue Unternehmen und Geschäftsmodelle führen zu Strukturwandel und langfristig höherer Gesamtproduktivität.

3.2.1 Innovationsökosystem, Innovationsförderung & Innovationsdynamik

- **Bürokratieabbau und schneller Marktzugang:** Einheitliche und digitale Unternehmensgründung in der EU, Harmonisierung von Gesellschafts- und Insolvenzrecht, erleichterte internationale Skalierung
- **Arbeitsrecht und Insolvenzrecht flexibilisieren:** Liberales Insolvenzregime und flexible Arbeitsmärkte fördern Gründungen und erleichtern „zweite Chancen“ nach Misserfolgen
- **Cluster- und Hub-Bildung fördern:** Konzentration von Kapital, Beratung und Forschung in Innovationshubs steigert Effekte durch Netzwerke und Spillovers
- **Gezielte Schwerpunkte setzen:** Investitionen in Schlüsseltechnologien (GreenTech, Digitalisierung, Life Sciences), um Standortrelevanz zu sichern
- **Internationale Talente fördern:** Anerkennung von Qualifikationen, Visa-Erleichterungen, Portabilität von Rentenansprüchen zur Stärkung von Innovationsclustern
- **Sandbox-Regulierung:** Erprobungsräume für neue Geschäftsmodelle (z. B. FinTech, Energie, Mobilität), um Innovation trotz regulatorischer Unsicherheit zu ermöglichen

3.2.2 Kapitalmarkt

- **Kapitalmarktunion vertiefen:** Integration der europäischen Eigenkapitalmärkte, Harmonisierung von Investorenschutz, Insolvenz- und Steuerrecht. Österreich soll aktiv an der Harmonisierung von Insolvenz-, Steuer- und Gesellschaftsrecht mitwirken, um grenzüberschreitende Kapitalflüsse zu erleichtern
- **Pensionsfonds & Versicherungen:** Anpassung von Solvency II, um mehr Investitionen in VC/PE zu ermöglichen; Einbeziehung von Pan-European Personal Pension Products (PEPPs) als Kapitalquelle
- **Regulatorische Effizienz und Harmonisierung der Finanzmarktaufsicht:** Vereinfachung und Standardisierung der Prospektspflichten, Offenlegungsvorschriften, Due Diligence
- **Dachfonds-Modelle einführen und ausbauen:** Staatliche Ankerinvestments oder Garantien, um privates Kapital (Pensionskassen, Versicherungen) für Venture Capital zu mobilisieren
- **Attraktives Steuerumfeld für Investoren:** Senkung von Körperschaft- und Kapitalertragsteuern, klare Regeln für „Carried Interest“
- **Hybride Finanzierungsinstrumente:** erleichterte Nutzung von Wandelanleihen, Warrants oder mezzaninen Instrumenten zur Überbrückung von Finanzierungslücken
- **Zweite Säule (Pensionskassen):** Anreize schaffen, damit betriebliche Altersvorsorge stärker in heimisches Eigenkapital investiert

3.2.3 Digitalisierung

- **Infrastrukturelle Grundlagen** schaffen und erweitern
 - Breitband- und IKT-Netze ausbauen
 - Rechenkapazitäten durch Server- und Datenzentren ausweiten
- **Adoption und digitale Fähigkeiten stärken**
 - Mittlere berufs- und praxisrelevante Fach- und höhere Spezialqualifikationen befördern, zur Beseitigung von qualifikatorischen Hemmnissen des digitalen Fortschritts
 - Steigerung der Technologieannahme durch gezielte Unterstützung von KMU und Unternehmen mit niedrigem Digitalisierungsgrad, Rechtssicherheit, Infrastruktur
- **Innovationspotenzial durch Vernetzung und Kooperation steigern**
 - **Europäische F&I Hub-Vernetzung stärken:** Beteiligung an Multi-Hub-Projekten in komplexen Technologien (z. B. AI, Quanten, GreenTech) gezielt fördern
 - **Fokus auf grenzüberschreitende Kooperationen:** Nationale F&I-Förderprogramme stärker mit EU-Programmen verzahnen und Anreize für internationale Konsortien schaffen
 - **Infrastruktur-Sharing ausbauen:** Beteiligung an EU-weiten Forschungsinfrastrukturen erleichtern, u. a. durch gemeinsame Labore, Testbeds und Datenplattformen
 - **Harmonisierung vorantreiben:** sich aktiv für die Angleichung von Standards, IP-Rechten und Visa-Regelungen einsetzen, um Mobilität von Forschenden und Start-ups zu erleichtern
 - **Komplexe Technologien priorisieren:** Nationale F&I-Strategien stärker auf Schlüsseltechnologien ausrichten und mit EU-Zielsetzungen synchronisieren
 - **Österreichische ERA-Integration vertiefen:** den Europäischen Forschungsraum (ERA) als Plattform nutzen, um österreichische Institute und Unternehmen stärker in europäische Netzwerke einzubetten

3.2.4 Ökologisierung & Dekarbonisierung

- **EU-ETS wirken lassen:** Keine zusätzlichen nationalen Klimaziele/Regeln; sie erhöhen Kosten und verlagern Emissionen, während die ETS-Obergrenze unverändert bleibt
- **Stromnetze ausbauen:** Massiv steigender Strombedarf ($\approx +110\%$ bzw. $+77$ TWh bis 2040) erfordert leistungsfähige Übertragungs-/Verteilnetze, 380-kV-Verstärkung, stärkere EU-Anbindung und integrierte Systemplanung (ÖNIP), um Fehlinvestitionen zu vermeiden
- **Wasserstoffinfrastruktur hochfahren:** Fördermodelle mit Rückzahlung (Payback/Amortisationskonto) für die Anlaufphase nutzen und Importkorridore (z. B. MENA/Nordafrika) vorbereiten; politische Risiken beachten
- **Gesetze rasch beschließen:** ELWG, Erneuerbares-Gas-Gesetz und Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz zügig verabschieden – ohne zusätzliche, kostensteigernde Elemente
- **Flexibilitäten managen:** Kurz-/mittel-/langfristige „Flexoptionen“ kombinieren (Batterien, Speicherwerke, H₂/grüne Gase), „Flexmärkte“ ausbauen und Netzentgelte sowie Preisanreize so anpassen, dass Großverbraucher Flexibilität bereitstellen
- **Kritische Rohstoffe sichern:** Versorgung diversifizieren und heimischen Abbau dort prüfen/forcieren, wo ökologisch vertretbar; steigenden Bedarf antizipieren und Akzeptanz stärken
- **Kreislaufwirtschaft stärken:** Sekundärrohstoffe und Energieeffizienz heben, EU-weit harmonisieren und nationale Hemmnisse (z.B. AWG-Transportauflagen) abbauen

- **Erneuerbare beschleunigen:** Genehmigungen drastisch verkürzen und Auflagen regelmäßig evaluieren; internationale Best Practices für schnelle Umsetzung nutzen
- **Demand-Response ausbauen:** Industrielle Lastflexibilität heben (z.B. Aluminium \pm 30 % Lastvariation) und Sekundärproduktion bei Basismetallen gezielt anreizen
- **Grüne Innovationsdynamik erhöhen:** F&E, Pilot- und Skalierungsprojekte für Hochtemperatur-Elektrifizierung und Power-to-Gas fördern; Nachfrage- und Angebotsinstrumente klug kombinieren und Finanzmarktregeln innovationsfreundlich gestalten
- **Langfristige und verlässliche Politik-Signale** sind entscheidend, um private Investoren zu mobilisieren
- **Politiken sollten kohärent zwischen Innovations- und Finanzpolitik** abgestimmt werden, um Widersprüche (z. B. Förderung von VC, aber restriktive Banken- oder Versicherungsregulierung) zu vermeiden
- **Frühphasen-Finanzierung** sollte durch öffentliche Co-Investments und PPPs flankiert werden, um die hohe Unsicherheit in frühen Innovationsstadien abzufedern
- **Pilot- und Demonstrationsprojekte mit öffentlicher Unterstützung** sind notwendig, um die „Tal des Todes“-Phase (von der Idee zur Skalierung) zu überbrücken
- **Kombination von Push- und Pull-Instrumenten** notwendig: F&E-Förderung allein reicht nicht, ebenso wenig nur Marktsignale; erst der Mix schafft einen durchgängigen Innovationspfad
- **Vermeidung von Politikfragmentierung:** Nationale Unterschiede (z.B. bei Steuerregeln für ESOPs oder Verlustvorträgen) hemmen grenzüberschreitende Investitionen; europäische Harmonisierung wäre ein Hebel für Skalierung
- **Technologieentwicklung sichern:** F&E-Förderungen für Zukunftstechnologien (Wasserstoff, Speicher, CCS) als strategische Investition
- **Verlässliche Rahmenbedingungen für Investoren schaffen:** Ausbau von Contracts for Difference und EU-weit koordinierte Einspeiseregulungen, um Investitionssicherheit zu gewährleisten

3.2.5 Humankapital

- **Ausbau der Elementarpädagogik:** mehr Plätze, kleinere Gruppen, höhere Qualität, Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund
- **Reformen im schulischen Bereich:**
 - Reduktion von Klassengrößen ist nicht zielführend; Fokus stattdessen auf Qualität
 - Weniger frühe Leistungsdifferenzierung („gemeinsame Schule“ bis zur 6. oder 8. Schulstufe)
 - Bedarfsorientierte Finanzierung nach sozialen Indikatoren (z.B. Anteil Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache)
 - Effizienzsteigerung durch Standortbündelung kleiner Schulen
- **Mehr Schulautonomie:** Schulen sollen größere Entscheidungsfreiheit bei Personal, Prozessen und Finanzen erhalten – gekoppelt mit Qualitätsmanagement und klarer Verantwortlichkeit
- **Externe Prüfungen und Transparenz:** Einführung standardisierter Tests (z. B. ab 8. Schulstufe) und Veröffentlichung von Ergebnissen, um Rechenschaftspflicht zu stärken
- **Stärkung des Wettbewerbs zwischen Schulen:** z.B. durch schülerbasierte Finanzierung (wie in den Niederlanden), die auch private Anbieter gleichbehandelt
- **Praxis- und marktorientierte Lehrpläne:** Lehrinhalte stärker an den Anforderungen des Arbeitsmarkts ausrichten, mit Fokus auf digitale Kompetenzen, Problemlösung und unternehmerisches Denken
- **Mehr Frauen in MINT-Berufen:** Förderung von Mädchen und Frauen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik durch gezielte Bildungsprogramme, Mentoring

und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Karriere

- **Qualifizierte Zuwanderung und Anerkennung:** Verbesserung der Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen über Grenzen hinweg, um Fachkräfte schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren und internationalen Talenten den Zugang zu erleichtern

3.2.6 Exporte und internationale Märkte:

- **Kosten und Risiken der Unternehmen senken:** Unterstützung von Unternehmen bei der Diversifizierung von Exportaktivitäten durch budgetschonende Instrumente, Haftungen, Kredite und Exportgarantien
- **Informationsasymmetrien abbauen:** Bereitstellung von Informationen zu Infrastrukturen, Logistik, Kooperationspartnern im Ausland
- **Abbau systemischer Risiken und Abhängigkeiten:** Verbreiterung und Diversifizierung bei kritischen Vorleistungen und spezifischen Energie- und Rohstoffimportabhängigkeiten, durch Diversifizierung der Bezugsquellen und Ausweitung von Kapazitäten und Infrastrukturen
- **Vernetzung und Koordination bereitstellen:** Vorbereitung, Begleitung und „diplomatische Unterstützung“ von Außenhandelsaktivitäten durch Netzwerkaktivitäten und Sicherstellung politischer Legitimation
- **Marktzugang erleichtern:** Abbau von Handelsbarrieren und politisch-institutionelle Unterstützung zur Realisierung von aktuell verhandelten oder zu ratifizierenden Freihandelsabkommen auf EU-Ebene

3.2.7 Unternehmertum & Risikoeinstellung

- **Entrepreneurship in Bildung integrieren:** Unternehmertum als Querschnittskompetenz in Schulen und Hochschulen verankern, inklusive Business-Projekte, Innovationswettbewerbe und „Trial & Error“-Ansätze
- **Fehlerkultur stärken:** Scheitern gesellschaftlich entstigmatisieren – z. B. durch „2nd Chance“-Programme für Gründerinnen und Gründer, die beim Neustart unterstützen
- **Unternehmerische Vorbilder sichtbar machen:** österreichweite Kampagnen, Preise und Role-Model-Programme, um Gründerinnen und Gründer als gesellschaftlich wertvolle Akteure zu positionieren
- **Programme für junge Gründerinnen und Gründer ausbauen:** stärkere Förderung von Austauschprogrammen, Praktika und Gründerstipendien, ähnlich Erasmus for Young Entrepreneurs
- **Individuelle Eigeninitiative fördern:** mehr Gewicht auf kritisches Denken, Selbstständigkeit und digitale Kompetenzen im schulischen Curriculum legen, nicht nur auf technische Inhalte
- **Regionale Innovationskultur stärken:** in traditionellen Regionen gezielt Unternehmertum sichtbar machen (z. B. Start-up-Hubs in ländlichen Zentren, Kooperationen mit FH und HTL)
- **Uncertainty Avoidance senken:** Verwaltungsprozesse vereinfachen, Gründungen digitalisieren und regulatorische Sicherheit erhöhen, um Hemmschwellen zu reduzieren

3.3 Verwaltung, Regulierung & Bürokratie

Effiziente Verwaltungsstrukturen und ein schlankes Regulierungssystem sind zentrale Voraussetzungen für unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit. Die in diesem Abschnitt angeführten

Maßnahmen wirken primär über Kosteneffekte auf die Unternehmen: Sie senken den administrativen und regulatorischen Aufwand und verringern damit die laufenden Produktionskosten. Damit stärken sie unmittelbar die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und fördern so die **Nettoexporte**. Eine leistungsfähigere und effizientere Verwaltung verringert langfristig den Finanzierungsbedarf des Staates und ermöglicht eine Senkung von Abgaben und Gebühren. Dies wirkt indirekt kostendämpfend auf Unternehmen und stärkt über geringere Preisniveaus die Exportfähigkeit der Volkswirtschaft. Langfristig verbessern sich dadurch auch die **Anlageinvestitionen**.

3.3.1 Regulierung & Bürokratie

- **Deregulierung und Entbürokratisierung** nach dem Vorbild internationaler Beispiele von Sunset Legislation (Australien, USA), Taglia leggi (Italien), One in/One out, Market Testing (Großbritannien)
- **Verkürzung von Verfahren und Festsetzung von Verfahrensfristen:** Festlegung der Erledigungsdauern bei korrekt und vollständig eingebrachten Genehmigungs- und Verfahrensanträgen, Silence is consent-Ansatz
- **Wissen und Evidenz über Bürokratiekosten** und Aufbau einer Evidenzgrundlage zur Quantifizierung von Bürokratiekosten und Abschätzung der direkten und indirekten volkswirtschaftlichen Kosten
- **Standardmäßige Bewertung** der entstehenden Bürokratiekosten bei neuer Regulierung und Begründung der Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit
- **Simulierung von Wettbewerb und Marktmechanismen** in der Bereitstellung von Verwaltungsdiensten
- **Effizienz- und Wirkungsorientierung** in Systemen der öffentlichen Leistungsbereitstellung
- **Synergiepotenziale und digitale Verwaltung** in Verfahren durch One-Stop-Shop, Once Only, z.B. Vereinheitlichung von Verfahren zwischen BH und Magistraten, Ländern und Gemeinden
- **Nutzung von Potenzialen der Digitalisierung:** Der Einsatz digitaler Technologien kann Verfahrensdauern verkürzen und Bürokratiekosten senken

3.3.2 Effizienz des öffentlichen Sektors:

- **Effizienzorientierte Planung und Bereitstellung:** Überprüfung und systemische Reform von historisch gewachsenen Strukturen der Planung und Bereitstellung von Leistungen
- **Finanzierungs- und Verwaltungsstrukturen reformieren:** Systemische Effizienzmängel und adverse Anreize müssen durch ganzheitliche Struktur- und Verwaltungsreformen beseitigt werden (Mischfinanzierung, Trennung von Aufgaben und Finanzierung, mangelnde Ergebnisorientierung und Inputorientierung)
- **Systemische Doppelgleisigkeiten beseitigen:** Angebotsplanung muss sektorübergreifende Doppelgleisigkeiten und Anreizstrukturen etwa im Gesundheitssystem oder bei Förderungen berücksichtigen
- **Anreizmechanismen der Effizienzorientierung:** Implementierung systemischer Effizienzreize durch Wettbewerbssubstitute und Marktmechanismen (Benchmarking, Selbstbehalte, Market Testing)
- **Potenzial im Föderalismus nutzen:** Wesentlich sind die Zusammenführung von Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverantwortung der einzelnen Gebietskörperschaften und ein deutlicher Ausbau der Abgabenautonomie von Ländern und Gemeinden

3.4 Arbeitsmarkt & Beschäftigung

Ein effizient funktionierender Arbeitsmarkt bildet eine zentrale Grundlage für Produktivitätswachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Maßnahmen in diesem Bereich wirken sowohl über die Qualifikationsstruktur als auch über die Anreize zur Erwerbstätigkeit. Eine höhere Passgenauigkeit zwischen Qualifikationen und betrieblichem Bedarf stärkt direkt die **Arbeitsproduktivität**, während eine verbesserte Erwerbsbeteiligung und gezielte Anreize das Arbeitsangebot erweitern und damit kostendämpfend auf die Unternehmen wirken. In Summe tragen beide Kanäle zur Stabilisierung der Lohnstückkosten und somit zur preislichen Wettbewerbsfähigkeit und den **Nettoexporten** bei.

3.4.1 Qualifizierung & Qualifikationen

- **„Lehrlingsmodell“ für Akademikerinnen und Akademiker:** Einstellungsrisiko für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger mit finanziellen Anreizen, praxisnahen Ausbildungsanteilen im Betrieb und staatlich kofinanziertem Onboarding senken – so entsteht eine „KI-fitte Nachwuchspipeline“
- **Durchlässigkeit & Anerkennung erhöhen:** einheitliche Standards für Weiterbildungszertifikate und non-formales Lernen schaffen, damit Qualifikationen systemübergreifend verwertbar sind
- **Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfachen:** Verfahren beschleunigen, transparent und kompetenzbasiert gestalten sowie schrittweise europäisch harmonisieren, um qualifizierte Zuwanderung rascher in Beschäftigung zu bringen

3.4.2 Arbeitsangebot

- **Abgabenbelastung auf Einkommen senken:** Steuer- und SV-Last reduzieren, Nettoeinkommen heben und Arbeitsangebot stimulieren
- **Rückgang der Wochenarbeitszeit bremsen:** Anreize im Steuer-/Transfersystem prüfen und so justieren, dass Mehrarbeit attraktiver wird
- **Erwerbsbeteiligung Älterer steigern:** Tatsächliches Pensionsantrittsalter anheben – stärkt Sozialsystem, erhöht Arbeitsangebot und mindert Altersarmut
- **Arbeitsmarktpolitik anpassen:** Arbeitslosenunterstützung und Regeln des Zuverdiensts so ausrichten, dass sich Erwerbsteilnahme „lohnt“; Qualifizierung ausbauen und eng mit Unternehmen matchen.
- **Kinderbetreuung ausbauen:** Angebot und Öffnungszeiten erweitern, um insbesondere Vollzeit von Frauen zu ermöglichen
- **Qualifizierte Migration stärken:** bürokratische Hürden (v. a. Rot-Weiß-Rot-Karte) abbauen und Standortattraktivität für Fachkräfte erhöhen
- **Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfachen:** Verfahren beschleunigen, kompetenzbasiert ausrichten und schrittweise europäisch harmonisieren
- **Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende verbessern:** für Personen mit hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit Zugang lockern – frühere Arbeitserfahrung und Sprachkenntnisse erleichtern Integration